

Norbert TEMPL | Februar 2021



MIT DEM WIEDERAUFBAUFONDS AUS DER KRISE

Rund 3,4 Mrd Euro an Finanzhilfen soll Österreich zur wirtschaftlichen Erholung und für den ökologischen Wandel aus dem EU-Topf erhalten. Diese Finanzhilfen können viel bewegen, wenn die österreichische Bundesregierung auch die richtigen Maßnahmen setzt. Ein sozialer und gerechter Mitteleinsatz ist daher unbedingt erforderlich, damit das Geld letztlich dort ankommt, wo es am dringendsten gebraucht wird: Bei der Förderung von Arbeitsplätzen, Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen, der Armutsbekämpfung und beim Klimaschutz.

Der EU-Aufbauplan als Chance für Erneuerung

Die COVID-Pandemie hat dramatische Auswirkungen auf die europäischen Gesellschaften gezeigt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, soll der EU-Aufbauplan „Next Generation EU“ in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Erholung der EU-Mitgliedstaaten fördern und den ökologischen Wandel vorantreiben. Damit soll die EU grüner, digitaler und widerstandsfähiger werden. Das insgesamt 750 Mrd. Euro schwere Finanzpaket sieht neben Krediten auch Zuschüsse vor, dessen Gelder nicht zurückgezahlt werden müssen. **Aus diesen Finanzhilfen kann Österreich über 3 Mrd. Euro erhalten.** Dafür muss die österreichische Bundesregierung allerdings bis spätestens April 2021 einen Plan über die konkreten Reform- und Investitionsvorhaben an die EU-Kommission übermitteln. Die EU-Kommission knüpft die Vergabe dieser Gelder jedoch an einige Vorgaben. Dabei prüft sie unter anderem, ob der Plan:

- die so genannten „länderspezifischen Empfehlungen“ der letzten Jahre berücksichtigt,
- das Wachstumspotenzial erhöht und Arbeitsplätze schafft und
- den ökologischen und digitalen Wandel fördert.

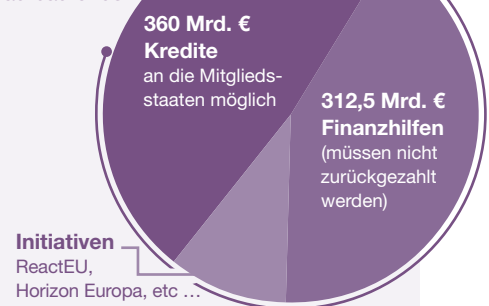
Gerechte Mittelverwendung in Österreich sichern! Sozialpartner einbinden!

Aus Sicht der AK wird die Einrichtung des Wiederaufbaufonds grundsätzlich sehr begrüßt und befürwortet. Allerdings sollte der Bezug der EU-Kommission auf die so genannten „länderspezifischen Empfehlungen“ mit Vorsicht genossen werden. Denn in der Vergangenheit hat sich auch gezeigt, dass derartige Vorgaben auch eine arbeitnehmerfeindliche („neoliberale“) Stoßrichtung hatten (zB die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters über die derzeitigen 65 Jahre hinaus). Um eine soziale und ökologisch gerechte Mittelverwendung zu erreichen, ist in Österreich jedenfalls eine **aktive Einbindung der Sozialpartner, vor allem aber auch von ÖGB und AK in den Entscheidungsprozess erforderlich.**

Der EU-Aufbauplan Next Generation EU im Detail

Das 750 Mrd. schwere Paket soll den Wiederaufbau infolge der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-Pandemie unterstützen. Neben Geldern für ausgewählte Initiativen (zB. ReactEU, Horizon Europa, etc.) ist das Herzstück des Aufbauplan der sogenannte Wiederaufbaufonds (bzw. „Aufbau- und Resilienz-fazilität“) in Höhe von 672,5 Mrd. Euro, der aus zwei Teilen besteht. Einerseits beinhaltet dieser Fonds die Möglichkeit der Vergabe von Krediten durch die EU an Mitgliedsstaaten in Höhe von 360 Mrd. Euro. Daneben sind 312,5 Mrd. Euro für Finanzhilfen vorgesehen, die nicht zurückgezahlt werden müssen, deren Mittelverwendung allerdings an bestimmte Vorgaben geknüpft ist.

750 Mrd.
Gesamtvolumen
Wiederaufbaufonds



Impressum

Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Telefon +43 1 501 650 · **Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes** siehe wien.arbeiterkammer.at/impresum · **Zulassungsnummer** AK Wien 02Z34648 M · **Redaktion** Sarah Bruckner, Frank Ey, Lukas Oberndorfer, Oliver Prausmüller, Henrike Schaum, Norbert Templ, Valentin Wedl · **Grafik** Julia Stern · **Verlags- und Herstellungsort** Wien · **Blattlinie** Die Meinungen der Autorinnen · **Kostenlose Bestellung** unter <http://wien.arbeiterkammer.at/>

Fünf Offensiven: Vorschlag der AK für den nationalen Aufbauplan

Damit die Finanzhilfen letztlich dort landen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, schlägt die AK eine Fokussierung auf **fünf konkrete Offensiven** vor, die sich insbesondere den Gebieten Arbeitsmarkt, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Armutsbekämpfung und Klimaschutz widmen.



Offensive 1 Arbeitsmarkt, Bildung & Digitalisierung

Der Arbeitsmarkt erlebt im Zuge der Maßnahmen gegen die COVID-Pandemie seine größte Krise seit dem zweiten Weltkrieg und hinterlässt weitreichende Folgen für die Betroffenen. Die AK fordert daher, das hohe Niveau der **Arbeitslosigkeit so rasch wie möglich konsequent zu senken**. Als wirksam im Kampf gegen Arbeitslosigkeit erweisen sich öffentlich finanzierte Arbeitsplätze für junge Menschen und ältere Langzeitarbeitslose. Darüber hinaus bedarf es unter anderem einer Digitalisierungsinitiative im Bildungsbereich, aber auch einer Ausweitung des Chancenindex-Pilotprogramms für Schulen mit besonderen Herausforderungen.



Offensive 4 Ökologischer Wandel

Um das von der Bundesregierung angestrebte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 erreichen zu können, braucht es ab jetzt enorme Investitionen. Daher sollen finanzielle Mittel für das Vorantreiben des Ausbaus des **öffentlichen Verkehrs**, für **erneuerbare Energien** sowie für **thermische Sanierung** von Gebäuden vorgesehen werden. Um auch eine sozial gerechte Energiewende zu gewährleisten und der drohenden Energiearmut entgegen zu wirken, soll ein Energie- und Klimahilfsfonds eingerichtet werden.



Offensive 5 Klimagerechte Städte und Gemeinden

Städte und Gemeinden sind finanziell nicht nur durch die Pandemie besonders unter Druck, städtische Gebiete sind auch vom Klimawandel besonders betroffen. Die Mittel für Städte und Gemeinden sind massiv aufzustocken, insbesondere in den Erhalt und Ausbau von sozialen Infrastrukturen (von Wohnen bis Schulen und Kindergärten) sowie kritische Infrastrukturen (u.a. Energieversorgung, Wasserversorgung, etc.), andernfalls drohen Kürzungen bei dringenden Investitionen, was letztlich die Überwindung der Corona-Krise unmöglich macht. Die AK fordert daher ein **Förderprogramm**, um die Qualität des **öffentlichen Raums** zu erhöhen, öffentliche gemeinnützige Unternehmen zu stärken und den Klimaschutz zu forcieren.

Offensive 2 Soziale Dienstleistungen für mehr Lebensqualität



Soziale Dienstleistungen wie **Kinderbetreuung** und **Pflege** erfüllen ganz wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Ihr Ausbau ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Eine bessere Infrastruktur in der Kinderbetreuung und ein zielgerichtetes Pflegepaket zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems bringen Entlastungen für Eltern und Angehörige und erzielen eine hohe Beschäftigungswirkung.



Offensive 3 Armutsbekämpfung

In der aktuellen Krise darf das im Regierungsprogramm festgeschriebene Ziel, die Zahl der Armutsgefährdeten zu halbieren, nicht aus den Augen verloren werden. Dazu bedarf es unter anderem der **Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70% der Nettoersatzrate** (erhöht automatisch auch die Notstandshilfe).

Wie wird die Bundesregierung vorgehen?

Aus dem Wiederaufbaufonds erhält Österreich ca 3,4 Mrd. Euro (2021–2023). Mindestens **37 %** müssen davon für den **Klimaschutz** verwendet werden, mindestens **20 %** für den **digitalen Wandel**. Die Republik hinkt anderen Mitgliedstaaten der EU bei der Präsentation von Ideen bereits weit hinter her.

Die österreichische Bundesregierung muss nun zügig darlegen, wie sie das europäische Geld für die Menschen in Österreich am besten einsetzt. Und auch AK und ÖGB wollen bei der Frage, wer in die Gunst der europäischen Wiederaufbauhilfen kommt, natürlich eng eingebunden werden.